

Auer Tageblatt

Bestellungen nehmen die Druckerei
und für Anzeigen die Postanstalten
an. — Erscheint wöchentlich.
Preis: 10 Pfennig Nr. 53.

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Druckerei
und für Anzeigen die Postanstalten
an. — Erscheint wöchentlich.
Preis: 10 Pfennig Nr. 53.

Telegraphische Anzeiger für das Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Nr. 1000

Nr. 173

Dienstag, den 28. Juli 1931

26. Jahrgang

Um die Inangabe des Zahlungsverkehrs Gemeinschaftsaktion von Reich und Großbanken

Berlin, 25. Juli. Um den möglichst schnellen Abbau der jetzigen Beschränkungen des Zahlungsverkehrs herbeizuführen, haben sich das Reich und die nachstehend genannten Berliner Kreditinstitute auf Anregung der Reichsbank und unter Mitwirkung des Reiches zu einer Gemeinschaftsaktion entschlossen. Hierdurch soll auch ermöglicht werden, die Darmstädter und Nationalbank, für deren Kreditoren das Reich die Ausfallbürgschaft übernommen hat, wieder in den Zahlungsverkehr einzuschalten. Um die erforderlichen Mittel zu sichern, wurde unter der Firma

„Akzept- und Garantiebant, A. G.“

eine Aktiengesellschaft mit einem Kapital von 200 Millionen RM gegründet. Diese Gesellschaft wird das reibungslose Funktionieren des Zahlungsverkehrs durch Kurverfügungstellung der erforderlichen Mittel gewährleisten. Die hierfür notwendigen Kredite sind gesichert.

Bank für deutsche Industrieobligationen, Berliner Handelsgesellschaft, Commerz- und Privatbank A. G., Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft, Deutsche Gold- und Silberröntgenbank, Deutsche Rentenbankkreditanstalt (Landwirtschaftliche Zentralbank), Deutsche Verkehrskreditbank A. G., Dresdener Bank, Mendelssohn u. Co., Preussische Staatsbank (Seehandlung), Reichskreditgesellschaft A. G.

Die neue Garantiebant

Berlin, 26. Juli. Wie wir erfahren, erfolgt die offizielle Gründung der „Akzept- und Garantiebant A. G.“ am Montag. Diese Gemeinschaftsaktion der Banken unter Garantie des Reiches läuft auf eine in umfassendem Rahmen zu vollziehende Sicherung des Ueberweisungswesens, dessen technische Vorbedingungen durch die Tätigkeit des Ueberweisungswesens geschaffen und erprobt sind, hinaus, um auf diese Weise die bestehenden Beschränkungen des Zahlungsverkehrs zu beseitigen und zum normalen Geldverkehr zurückzuführen. Die Tätigkeit der neuen mit einem Kapital von 200 Millionen RM ausgestatteten Bank wird darin bestehen, daß sie Akzept- und Rembourskredite gewährt, ihr Giro gibt und Bürgschaften im Ueberweisungswesen, besonders für die bestehenden Debitoren übernimmt. Sie soll dadurch als Ausgleichsstelle zwischen den Banken wirken und gleichzeitig die Finanzierung erleichtern, was ihr durch die Mitarbeit der Reichsbank sowie die Zugehörigkeit der Rentenbankkreditanstalt, der Bank für deutsche Industrieobligationen und vor allem der Deutschen Gold- und Silberröntgenbank mit ihren starken Mitteln in erheblichem Umfang möglich sein wird. In unterrichteten Kreisen sieht man in diesem soliden Schritt der Großbanken eine weitere Festigung des Vertrauens in das deutsche Kreditwesen. Man rechnet jetzt mit einer baldigen Wiederaufnahme des normalen Zahlungsverkehrs. Allerdings wird das Ergebnis der Verhandlungen des inzwischen gegründeten deutschen Stabilitätensortiums mit dem internationalen Zwecksetzung der noch vorhandenen kurzfristigen Auslandskredite in Deutschland abzuwarten sein, ehe die völlige Freigabe des Zahlungsverkehrs erfolgt. Erst dann wird auch die Frage einer weiteren Heraushebung des Diskontsatzes, die man an maßgebender Stelle für notwendig erachtet, entschieden werden.

Ansteigende Steuereingänge

Berlin, 25. Juli. Wie wir erfahren, hat den Erfolg der Verordnung über Zuschläge für Steuerrückstände dazu geführt, daß sich die Steuereingänge in einer ansehnlichen Linie bewegen. Steuerausfälle sind seitdem nicht mehr festzustellen; allerdings sind andererseits Ueberhörsfälle, die an sich vorhanden sein müßten, nicht eingetreten. Man rechnet mit weiteren großen Zahlungen vor dem 31. Juli. Die Ueberweisungen des Reiches an die Länder werden daher ebenso wie das Reich eine Steigerung der Einnahmen vornehmen müssen.

Verlängerung der Fristen für die Vermögenssteuererklärung

Auch für die Anzeige von Beteiligungen und für die Steueramnestie

Berlin, 26. Juli. Wie das Reichsfinanzministerium mitteilt, werden die Fristen für die Abgabe der Vermögenssteuererklärung für die Anzeige von Beteiligungen und für die Steueramnestie allgemein bis zum Ablauf des 31. August 1931 verlängert. Zu den Vorschriften über die Anzeige von Beteiligungen und über die Steueramnestie werden demnach eingehende Durchführungsbestimmungen erlassen werden.

Keine Verlängerung der Devisenablieferungsfrist

Berlin, 26. Juli. Die Frist zur Ablieferung oder Anleihe von Devisen im Gesamtbetrag von 20 000 RM und mehr läuft nur noch bis zum 29. Juli 1931 und wird nicht verlängert. In einer

weiteren Durchführungsverordnung ist bestimmt, daß Ehegatten, die nicht dauernd voneinander getrennt leben, und ferner Eltern und die mit ihnen in häuslicher Gemeinschaft lebenden Kinder ihre Devisenbeiträge zusammenzurechnen haben und daß anmeldepflichtig auch Währungskonten bei inländischen Kreditinstituten sind.

Internationale Bankfachverständige in Berlin eingetroffen

Berlin, 27. Juli. Von den internationalen Bankfachverständigen, die zur Prüfung der deutschen Finanzlage nach Berlin kommen sollen, sind, der „Montagspost“ zufolge bereits am Sonntag der schwedische Bankier Wallenberg und der amerikanische Berater der Bank von England, Oberst Spregue, in Berlin eingetroffen. Ferner ist der Londoner Vertreter der Chase National Bank, der größten Privatbank in U.S.A., James D. Cannon, zu wichtigen Finanzberatungen in Berlin angekommen.

Zweijähriges Moratorium

Hoovers weitere Pläne

London, 26. Juli. Evening Standard meldet, daß Präsident Hoover seine Moratoriumspläne vor der Veröffentlichung eingehend mit den führenden amerikanischen Zeitungen in einer Geheimitzung besprochen habe, um sich deren Unterstützung zu sichern. Hierbei habe er sich dahin entschieden, seine ursprünglichen Absichten für ein zweijähriges Moratorium abzuändern, zunächst mit einem einjährigen anzufangen und nach Ablauf dieser Zeit das Moratorium für weitere 12 Monate zu verlängern, falls die Lage eine derartige Maßnahme verlange. Dies sei im Hinblick auf die Notwendigkeit gesehen, die öffentliche Meinung in Amerika langsam zu dem beabsichtigten Ziele hinzuführen, um auf jeden Fall Rückschläge zu vermeiden.

Besprechungen der Reichsregierung

Die deutsche Delegation wieder in Berlin

Berlin, 25. Juli. Der Reichskanzler Dr. Brüning und Reichsaußenminister Dr. Curtius sind heute vormittag gegen 8 1/2 Uhr mit den anderen Herren der Delegation in Berlin eingetroffen und auf dem Bahnhof Charlottenburg ausgetreten. Ursprünglich sollte die deutsche Delegation mit dem Nordzug um 8 Uhr 37 auf dem Bahnhof Friedrichstraße eintreffen, hatte aber ihre Dispositionen geändert. Die Absicht der Ankunft auf dem Bahnhof Charlottenburg war so geheim gehalten worden, daß auf dem Bahnhof Friedrichstraße selbst die nächsten Angehörigen des Reichsaußenministers, sowie Herren des Auswärtigen Amtes sich eingefunden hatten. Vor dem Bahnhof Friedrichstraße hatten zahlreiche Photographen Aufstellung genommen und die Polizei hatte Versperremaßnahmen getroffen, da sich viel Publikum angesammelt hatte.

England und Frankreichs Haltung

Die französischen Kreditabzüge bei den Londoner Banken

London, 25. Juli. „Daily Herald“ beschäftigt sich heute eingehend mit der Zurückziehung französischer Kredite vom Londoner Markt. Man schätze, daß Frankreich in England untergebrachte Kredite vor Ausbruch der deutschen Krise etwa 1500 Millionen Pfund Sterling betragen hätten, wovon seitdem etwa 40 Millionen gekündigt worden seien. Diese Maßnahmen der französischen Banken brachten den Erfolg der Londoner Konferenz in ernste Gefahr, denn die Londoner Banken, die bereit seien, ihre Kredite in Deutschland stehen zu lassen, müßten nun zusehen, wie ihre Mittel durch die französischen Forderungen immer mehr zurückgingen. Die Tatsache, daß trotz des auf der Sieben-Mächte-Konferenz gegebenen Versprechens freundschaftlicher finanzieller Zusammenarbeit und trotz der Erhöhung des englischen Bankdiskontsatzes am letzten Donnerstag die Goldabzüge andauernden, rufe in britischen politischen und finanziellen Kreisen geradezu Ueberraschung und Befürchtung hervor. Wenn die Dinge so weitergingen, dürfte eine

Berlin, 25. Juli. Das Reichskabinett trat heute mittag 12 Uhr zu einer kurzen Sitzung zusammen, in der die Pariser Besprechungen und die auf der Londoner Konferenz behandelten Probleme erörtert wurden.

Berlin, 25. Juli. Wie wir erfahren, ist in der heutigen Kabinettsitzung außer der Beschlusfassung über die Notverordnung und Durchführungsverordnung über die Abwicklung von Börsengeschäften nur vom Kanzler und vom Außenminister über die Verhandlungen in Paris und London Bericht erstattet worden. Heute nachmittag finden innerhalb der Reichsregierung noch interne Besprechungen über Spezialfragen statt, ohne daß aber für heute irgendwelche weiteren Maßnahmen zu erwarten sind. Es liegt auf der Hand, daß der Kanzler sich nun auch zuerst über die innerpolitische und außenwirtschaftliche Entwicklung während seiner Anwesenheit orientieren muß.

Beratungen des Kabinettsauschusses für Finanzfragen

Berlin, 25. Juli. Unter Vorsitz des Reichskanzlers ist heute nachmittag der Kabinettsauschuss für Finanzfragen zusammengetreten. An den Besprechungen nimmt auch Reichsbankpräsident Dr. Luther teil. Wie wir erfahren, ist Gegenstand der Beratungen die Entwicklung der wirtschaftlichen Lage und insbesondere die Frage der Regelung des Zahlungsverkehrs für die nächste Zeit. Bei der Erörterung handelt es sich übrigens nicht bloß um die Tage unmittelbar nach Ablauf der gegenwärtig gültigen Regelung.

Berlin, 26. Juli. Die Besprechungen, die nach der Rückkehr des Reichskanzlers begonnen haben, wurden natürlich auch am Sonntag fortgesetzt. Allerdings läßt sich heute abend noch nichts Positives darüber berichten, da sie mehr einen informativen Charakter und vorbereitenden Charakter haben. Der Kanzler muß seine Zeit in den nächsten Tagen nach zwei Notwendigkeiten einteilen: er muß dafür sorgen, daß die ausländischen Gäste einen möglichst genauen und unmittelbaren Einblick von der deutschen Notlage bekommen. Daneben ist jetzt allerdings aber wichtig, daß die Regierung, nachdem durch die Maßnahmen der letzten beiden Wochen nun doch immerhin eine gewisse Beruhigung ist, wieder zu Dispositionen auf längere Sicht kommt. Das ist auch der Sinn der Akzept- und Garantiebant, die dazu beitragen soll, Wirtschaftslieben und Zahlungsverkehr wieder zu normalen Verhältnissen zurückzuführen. Weiter wird diese Umstellung auch in anderen Maßnahmen zum Ausdruck kommen, die die Reichsregierung vorbereitet. Sicher ist jedenfalls, daß die neue Woche in diesen Zeiten nicht minder ereignisreich sein wird als die vergangene. Der Unterschied liegt nur darin, und er wird in politischen und wirtschaftlichen Kreisen natürlich allgemein begrüßt, daß der wirtschaftliche und finanzielle Grund, auf dem wir stehen, wieder fester zu werden beginnt, so daß die Reichsregierung zu Planungen zurückkehren kann, die über den Tag hinausreichen.

weitere Erhöhung des Diskontsatzes der Bank von England auf 4 1/2 Prozent in der nächsten Woche wahrscheinlich sein. Montagvormittag soll die Regierung unterrichtet haben, daß drastische Maßnahmen notwendig seien, um diesen Goldabfluß zu unterbinden. Bewisse Beobachter seien der Auffassung, daß der Zurückziehung der Kredite die Absicht zugrunde liegt, die englische Regierung und die englischen Banken daran zu hindern, Deutschland Hilfe angedeihen zu lassen, es sei denn in Verbindung mit Frankreich und auf der Grundlage der französischen Bedingungen. „Daily Herald“ deutet dann noch die Möglichkeit eines anderen Grundes dieser französischen Finanzpolitik an, nämlich daß Frankreich sein Vertrauen in die finanzielle Stabilität und den Kredit Englands verloren habe. Dieser Verlust an Vertrauen ginge mit dem kürzlichen Pariser Besuch Hendersons zusammen. Die Franzosen hegten gegen den britischen Außenminister — und nicht ganz ohne Grund — den Argwohn, daß er die Abrüstungsfrage allzu sehr in den Vordergrund der Verhandlungen habe rücken wollen. Außerdem hält Frankreich Macdonald und Snowden im Verdacht, daß sie den Hintergedanken einer gründlichen Revision des Youngplans hegten. Doch die Franzosen